



ver.di Blickpunkt
Verwaltungs- und
Gebietsreform
Thüringen

News aus der AG Verwaltungs- und Gebietsreform

„Die Notwendigkeit einer flächendeckenden Neugliederung der kommunalen Strukturen in Thüringen besteht auch nach der Entscheidung des Thüringer Verfassungsgerichtshofes vom 9. Juni 2017 fort“, so der Innenminister vergangenen Dienstag auf der Regierungsmedienkonferenz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele haben sich in den letzten Wochen gefragt, wie wird es eigentlich hinsichtlich der angeschobenen Reformprozesse und insbesondere mit der Gemeinde- und Kreisgebietsreform in Thüringen weitergehen? Hintergrund war eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes Thüringen, wonach das im Jahr 2016 verabschiedete sogenannte Vorschaltgesetz für nichtig erklärt worden ist. Mit der inzwischen vorliegenden Urteilsbegründung des Verfassungsgerichtshofes wurde allerdings auch klar, dass „Thüringen Landkreise und Gemeinden braucht, die eine größere Gestaltungskraft in einem größeren Hoheitsgebiet entwickeln. Das durch den Gesetzgeber fixierte Leitbild findet im Vorschaltgesetz insoweit seine verfassungsrechtliche Zustimmung.“

Vor dem Hintergrund dieser Entscheidungen und Aussagen wird der Reformprozess sicherlich seine Fortsetzung finden, offen bleibt allerdings, inwieweit es möglicherweise eine zeitliche Verschiebung gibt.

Das bereits im Entwurf vorliegende Gesetz der geplanten Kreisgebietsneugliederung ist bisher nicht in den Thüringer Landtag eingebracht.

Wo waren wir in den vergangenen Wochen aktiv?

Bezogen auf den vorliegenden Gesetzentwurf zur Kreisgebietsneugliederung haben wir entsprechend Stellung genommen und in dieser Stellungnahme insbesondere auf die Notwendigkeit umfassender tariflicher Regelungen im Zusammenhang mit den beschäftigungspolitischen Folgen aufmerksam gemacht. Die Stellungnahme findet ihr hier: <https://sat.verdi.de/branchen-berufe/gemeinden/fachgruppe-allgemeine-kommunalverwaltung>

Parallel haben wir den Kommunalen Arbeitgeberverband Thüringen zu ersten Sondierungsgesprächen für einen Tarifvertrag zur sozialverträglichen Abfederung aufgefordert. Termine sind bisher nicht vereinbart. Eine entsprechende ver.di Tarifkommission ist gebildet.

Was wir jetzt so schnell wie möglich brauchen, ist Klarheit von der Thüringer Landesregierung, wie (auch zeitlich gesehen) der Prozess der Reformen weitergehen soll. Dies insbesondere auch mit Blick auf die damit verbundenen Folgen und die in 2018 anstehenden PR-Wahlen.

Allen noch einen schönen Sommer und eine tolle Urlaubszeit.

im Namen der AG
Werner Theis (FB 6)
Manuela Schmidt (FB 7)

